

G20: Klima, Energie und grünes Geld

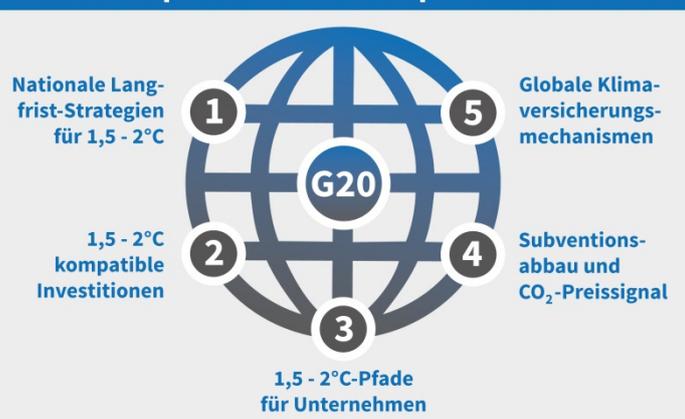
Chancen und Perspektiven der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 für internationale Klimapolitik, nachhaltige Finanzen und die globale Energiewende.

2015 war das Jahr wichtiger Rahmensetzungen in der internationalen Klima- und Entwicklungspolitik. Auf den Beschluss der G7 in Elmau, die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe des Jahrhunderts anzustreben, folgte die Verabschiedung der Agenda 2030 durch die UN-Generalversammlung und das historische Paris-Abkommen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention. Inmitten einer von Kriegen und Terrorismus, einer schwachen Weltwirtschaft und dem Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte geprägten Welt sind viele klimapolitische Entwicklungen auch 2016 ermutigend: der Ausbau der Erneuerbaren Energien schreitet unaufhaltsam voran, die energiebedingten CO₂-Emissionen stagnieren und viele Investoren, Finanzinstitutionen, Unternehmen, Regionen und Städte rufen die Politik zu langfristigem, ambitionierten Klimaschutz auf. Dem Ausgang der US-Präsidentschaftswahl, dem Brexit und der Krise der EU zum Trotz zeigte die „Action-COP“, der Klimagipfel in Marrakesch diesen November, dass die Staatengemeinschaft die Pariser Beschlüsse als unumkehrbar betrachtet und endlich bereit ist, sich der globalen Klimakrise zu stellen. In der derzeitigen weltpolitischen Lage gilt mehr denn je: Wir brauchen internationale Kooperation zur Lösung drängender globaler Probleme. Die G20 – die Gruppe der größten und reichsten Staaten, die etwa drei Viertel der weltweiten Treibhausgas-Emissionen freisetzen – muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Es ist richtig, dass die Bundesregierung mit ihrer G20-Agenda auch die neue US-Regierung mit dieser Erwartung konfrontiert. Der jahrelange diplomatische Stillstand in der Klimapolitik während der Regierung von George W. Bush darf sich nicht wiederholen. Intelligente Klimapolitik ist eine großartige Chance für nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und mehr globale Gerechtigkeit. Viele der ärmsten und verwundbarsten Staaten haben dies bereits erkannt – nun müssen die G20 nachziehen.

Konkret sollten die G20 vereinbaren, bis 2018 langfristige nationale Klimaschutzpläne vorzulegen, die zeigen, wie die Verpflichtungen aus dem Paris-Abkommen umgesetzt und der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis 2050 organisiert werden kann. Auch große Unternehmen und Finanzinstitute sollten dazu verpflichtet werden, solche Langfristpläne vorzulegen. Mittels eines Stresstestes wäre zu prüfen, ob ihre Geschäftsmodelle mit

den Klimastrategien der Länder, den Vorgaben des Paris-Abkommens und steigenden CO₂-Preisen kompatibel sind. Auch die öffentlichen Investitionen und insbesondere die Entwicklung langlebiger Infrastruktur müssen sich an den langfristigen Klimazielen und der Agenda 2030 orientieren. Nur so können der globale Strukturwandel fair und effizient organisiert und Risiken begrenzt werden. Der Abbau von Subventionen für fossile Energien und die Einführung von ansteigenden Mindestpreisen für CO₂- als Steuer, Abgabe oder im Rahmen des Emissionshandels – ist dringend notwendig, damit öffentliche und private Gelder in den Aufbau nachhaltiger Infrastruktur gelenkt werden. Die Wahrung der finanzpolitischen und wirtschaftlichen Stabilität ist die Kernaufgabe der G20. In Zeiten des Klimawandels und zunehmender globaler Ungleichheit muss sich die G20 hierfür auch stärker mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen und transformative Partnerschaften mit den verletzlichsten Ländern eingehen. Eine Ausweitung des

Fünf klimapolitische Schwerpunkte für die G20



Konzepts der Klimarisikoversicherung – mit einem klaren Fokus auf die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern – muss hier Teil der Antwort sein.

Bericht vom Fachgespräch „Klima und Energie unter der deutschen G20 Präsidentschaft“

Zum Auftakt der deutschen G20-Präsidentschaft waren auf Einladung von Germanwatch und Stiftung Mercator etwa 60 VertreterInnen verschiedener Ministerien, der Finanzbranche, aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie des „Climate Vulnerable Forum“ ins Mercator Centre Berlin gekommen. Sie diskutierten, welche Ziele und Maßnahmen in Bezug auf Klima, Energieversorgung und nachhaltige Finanzwirtschaft auf die Agenda gehören und welche Strategien zur Umsetzung Erfolg versprechen.

Deutschland übernimmt die G20-Präsidentschaft in einer Zeit wachsender Unzufriedenheit und Demokratieskepsis in der Bevölkerung besonders in den westlichen Industriestaaten. Der Ausgang der Wahlen in den USA, der Brexit und der zunehmende Einfluss rechtspopulistischer Parteien und Organisationen waren Anlass, bei diesem Fachgespräch zunächst auf den geopolitischen Kontext einzugehen.

In ihren Kommentaren zu den Veränderungen in der politischen Landschaft und deren Einfluss auf die Arbeit der G20 betonte **Dr. Susanne Dröge** von der in Berlin ansässigen Stiftung Wissenschaft und Politik die Unsicherheit über die künftige politische Zusammenarbeit Deutschlands und Europas mit der US-Regierung, die aus der Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten resultiert. Seine protektionistische Agenda sowie die angekündigten Investitionen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen lassen weitreichende Auswirkungen auf Finanzmärkte und Handelsbeziehungen erwarten und damit auch auf die G20. Klimaaußenpolitisch müssten neue Führungskonstellationen in bilateralen Gesprächen gefunden werden, um die Achse USA–China zu ersetzen. Die Glaubwürdigkeit US-amerikanischer Klimapolitik wird maßgeblich von den Bundestaaten abhängen. Eine erste Einschätzung der Trump-Administration könnte nach dem Außenministertreffen im Februar erfolgen, bei dem unter anderem Klima und Migration auf der Agenda stehen.

Der Ko-Direktor der UNEP-Inquiry, **Dr. Simon Zadek**, sprach zu Fortschritten bei „Green Finance“ und klimabedingten Finanzmarktrisiken. Die chinesische Regierung hatte das Thema auf die Tagesordnung der FinanzministerInnen und Zentralbankvorsitzenden gesetzt und das Sekretariat der „Green Finance Study Group“ bei einer UN-Organisation angesiedelt. Mit der Annahme des Abschlussberichts der Gruppe sei der Sprung vom Katzentisch in der Umweltecke an die Tafel der Entscheider geschafft. In der Fortführung ihrer Arbeit über die extrem kurze deutsche Präsidentschaft hinaus liege eine große Chance, die notwendigen Investitionen für globale nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren. Allerdings müsse die Integrität der Umweltwirkungen im Blick behalten werden – sonst drohe „green“ zum finanzpolitischen Modewort zu verkommen. Die Bedeutung der Zivilgesellschaft in diesem Prozess betonte auch **Kelly Yu**, Finanzexpertin beim International Institute for Sustainable Development in Beijing, China, in ihrem Beitrag zur Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagement-Prozesses C20. Die Offenlegung von Finanzdaten sei ein erster wichtiger Schritt, um die Nachhaltigkeitswirkung von Investitionen überprüfbar zu machen. Auch im C20-Prozess in China gab es eine Arbeitsgruppe zu nachhaltigen Finanzen und Investitionen, die die Fortschritte zu Green Finance ausdrücklich begrüßte. Allerdings sei die Beteiligung der Zivilgesellschaft noch deutlich verbesserungswürdig, hier erhoffe sie sich von Deutschland Vorbildwirkung.



Die Referenten des ersten Expertenpanels während der Diskussion. Von links: **Dr. Susanne Dröge (SWP)**, **Dr. Gerrit Hansen (Germanwatch, Moderation)**, **Kelly Yu (IISD, Beijing)** und **Dr. Simon Zadek (UNEP Inquiry)**.

Der zweite Teil der Veranstaltung war auf die Zukunft gerichtet: welche strategischen Schwerpunkte und Vereinbarungen könnten hilfreich sein, um die Implementierung des Klimaabkommens von Paris durch die und innerhalb der G20 voranzutreiben. Den Auftakt zur Debatte lieferte **Martin Kaiser**, Geschäftsführer Kampagne von Greenpeace Deutschland, der die zentrale Rolle der 2050-Langfriststrategien für eine sektorenübergreifende, gerechte Transformation hervorhob. Deren Wirkmächtigkeit zeige sich zum Beispiel an der Reaktion der deutschen Autoindustrie, die die zukünftige Rolle von E-Mobility erkannt zu haben scheint. Der G20-Gipfel in Hamburg müsse ein klares Signal senden, dass die Erfordernisse des Klimaabkommens von Paris verstanden und unterstützt werden. Allerdings brauche es zur Umsetzung neue Vorreiter-Allianzen und Akteure. Die aktuelle Klimapolitik der EU rechtfertige keine Führungsrolle.

Zu konkreten politischen Umsetzungsinstrumenten sprach **Dr. Brigitte Knopf**, Generalsekretärin des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change in Berlin. Die massiven Investitionen, die innerhalb der G20 in den nächsten Jahren fällig würden, müssten umgelenkt werden, um eine langfristige Festlegung auf eine kohlenstoffintensive Infrastruktur („lock-in“) zu vermeiden. Ein zentrales Element hierfür sei die Abschaffung von Subventionen für fossile Energien und Rohstoffe und die Einführung von Instrumenten zur wirksamen CO₂-Bepreisung bzw. die Stärkung bestehender Preissysteme durch deren Ausweitung, Vertiefung und schrittweise Anhebung des Preisniveaus. So ließe sich zum Beispiel die G7 Carbon Pricing Platform um einige, wenn nicht gar alle Länder der G20 erweitern. Ein wichtiger Aspekt der CO₂-Bepreisung seien die dadurch erzielbaren Einnahmen, welche sich für Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur nutzen ließen, aber auch zur sozialen Abfederung des Strukturwandels („just transition“). Um diese Aspekte im Kontext allgemeiner Steuer- und Ausgabenpolitik zu erörtern, wäre es sinnvoll, das Thema CO₂-Bepreisung auch auf die Agenda der FinanzministerInnen zu setzen.



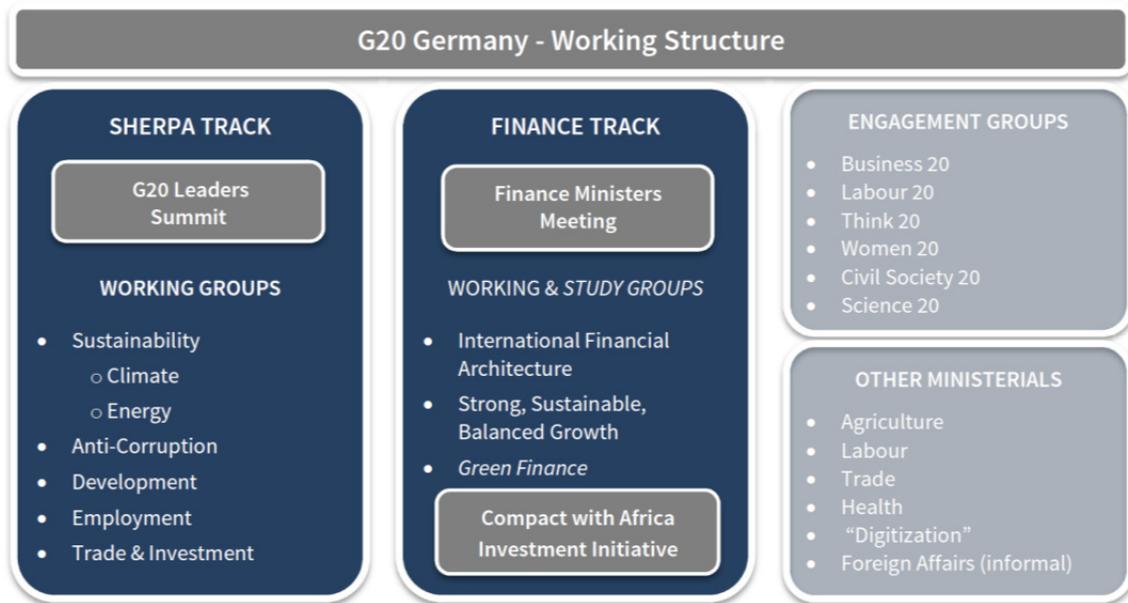
Die ReferentInnen des zweiten Expertenpanels während der Abschlussrede von Christoph Bals (Germanwatch). Von links: Dr. Brigitte Knopf (MCC), Dr. Gerrit Hansen (Moderation, Germanwatch), Matthew McKinnon (UNDP), Martin Kaiser (Greenpeace Deutschland).

haben bereits ehrgeizige nationale Langfristpläne formuliert und gehen auch bei Themen wie CO₂-Bepreisung, Green Bonds und Subventionsabbau voran. Die Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen ist für CVF-Länder eine Sache des Überlebens, auch weil Klimawandelschäden die wirtschaftliche Entwicklung bedrohen. Ambitionierter Klimaschutz und Wachstum, so zeige auch der neue UNDP Low Carbon Monitor, seien kein Gegensatz: eine ehrgeizige Dekarbonisierungsstrategie schaffe vielmehr Arbeitsplätze und habe positive Auswirkungen auf die Gesundheit und den Zugang zu Energie. Die Botschaft an die G20 enthalte auch den Appell, die ärmeren Länder in ihrer Transformation zu unterstützen und deren Resilienz zu erhöhen, z. B. durch die Ausweitung von Versicherungslösungen für Klimarisiken. Die angeregte Debatte schloss der politische Geschäftsführer von Germanwatch, **Christoph Bals**. Mit Bezug auf die in seiner Eingangsrede aufgeführten Schwerpunkte (siehe Seite 1) sagte er in seiner hypothetischen und hoffnungsvollen Ansprache Angela Merkels an Donald Trump: „Ich bin Wissenschaftlerin, Sie sind Geschäftsmann – wir kommen aus unterschiedlichen Gründen zu dem gleichen Schluss: der Klimawandel ist ein Herausforderung, aber auch eine riesige Chance.“

Anschließend präsentierte **Matthew McKinnon**, Leiter des Climate Vulnerable Forum (CVF) Supports bei der UNDP, die Perspektive der besonders vom Klimawandel betroffenen Länder, deren Finanzminister in der sogenannten V20 zusammengeschlossen sind. Auf der COP 22 in Marrakesch hatten die 48 Staaten des CVF Aufsehen erregt durch ihre Ankündigung, bis 2050 auf 100% Erneuerbare Energien umzustellen. Viele der CVF-Länder

Stabilität, Nachhaltigkeit, Verantwortung in einer vernetzten Welt – die deutsche G20-Agenda

Die deutsche G20-Präsidentschaft steht unter dem Motto: „Eine vernetzte Welt gestalten“ und versammelt eine große Spannweite von Themen unter den drei Säulen „Stabilität, Nachhaltigkeit, Verantwortung“. Die Implementierung des Klima-Abkommens von Paris ist ein zentraler Bestandteil der deutschen G20-Agenda. In einer neu geformten Arbeitsgruppe zu Nachhaltigkeit soll in einem zunächst parallel tagenden Klima- und einem Energiearbeitsstrang ein Klimaaktionsprogramm erarbeitet werden.



Auch die Arbeit der *Green Finance Study Group* im Finanzbereich geht weiter: insbesondere soll dort an der Offenlegung von klima- und umweltbezogenen Finanzrisiken und Bewertungs- und Steuerungsinstrumenten für diese Risiken gearbeitet werden. Spannend wird mit Sicherheit, ob die Nachhaltigkeits- und Klimaziele in die Investitionsinitiative der Finanzminister „African Compact“ integriert werden. Auch die Weiterführung des G20-Aktionsplans zur Implementierung der Agenda 2030 und die Ausgestaltung des Hangzhou Aktionsplans für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum sollte beobachtet werden.

Autorin: Dr. Gerrit Hansen

Redaktion: Daniela Baum

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/13210

Dezember 2016

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

STIFTUNG
MERCATOR

Mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Mercator.
Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.